

Bericht des Superintendenten für die Tagung der Kreissynode An der Ruhr am 10./11. November 2023

Ein letztes Mal, hohe Synode, fällt mir heute die Aufgabe zu, Ihnen Bericht zu geben über die für unseren Kirchenkreis und seine Gemeinden relevanten Ereignisse und Entwicklungen. Solch ein letztes Mal ist immer etwas Besonderes. In dem Bewusstsein, dass keine weiteren Male folgen, ist man versucht, die letzte sich bietende Gelegenheit möglichst gut zu nutzen. Doch keine Sorge! Ich werde mich bemühen, nicht der Versuchung zu erliegen, in diesen Bericht alles hineinzupacken, was ich diesem Kirchenkreis gern noch mit auf den weiteren Weg geben möchte – höchstens ein bisschen davon. Ich werde versuchen, dem Hang zur Geschwätzigkeit, der älteren Menschen gern mal nachgesagt wird, zu widerstehen und mich so kurz wie möglich fassen. Das wird mir wahrscheinlich nicht an allen Stellen gelingen. In diesen Fällen bitte ich um Nachsicht: Nehmt die gute Absicht für die Tat!

Zur gegenwärtigen Lage!

Erlauben Sie mir trotz aller beabsichtigten Stringenz ein paar Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage! Ich kann, während ich diesen Bericht verfasse, nicht außer Acht lassen, was um uns herum geschieht, und vermutlich bin ich nicht der einzige, der dadurch in Unruhe und Besorgnis versetzt wird.

Seit nunmehr fast zwei Jahren herrscht Krieg in der Ukraine, und es ist kein Ende der Raketenangriffe und Kampfhandlungen in Sicht - trotz der vielen Menschen, die dem Krieg bisher schon zum Opfer gefallen sind, trotz der Zerstörung im ganzen Land, trotz der wirtschaftlichen Folgen und trotz der vielen Geflüchteten. Entweder warten sie im Westen ihres eigenen Landes oder in anderen europäischen Ländern darauf, doch noch einmal in ihre Heimat zurückkehren zu können. Viele sind auch bei uns! Gerade im Blick auf diese vielen vor dem Krieg geflüchteten Menschen, ihre Aufnahme und ihre Versorgung haben unser Flüchtlingsreferat, die Diakonie und die Kirchengemeinden ebenso wie Spenderinnen und Spender, private Quartiergeber, ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer sich eingebracht und Großes geleistet – bis hin zu Transporten mit Hilfsgütern nach Polen und in die Ukraine. Dafür sei allen, die dabei mitgearbeitet haben, noch einmal ganz herzlich gedankt!

Noch gibt es viel Unterstützung für die Ukraine bei der Verteidigung ihres Territoriums, ihrer Unabhängigkeit und ihrer Freiheit; doch niemand weiß, wie lange noch. Es mehren sich Anzeichen, dass nach so langer Zeit die anfangs fest geschlossene Reihe der Solidarität Lücken bekommt. Auch in der Europäischen Union herrscht hier längst keine Einigkeit mehr. Außerdem kostet die Unterstützung der Ukraine im Krieg sehr viel Geld, und das gilt, sollte der Krieg dann doch einmal enden, erst recht für den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Doch Geld ist nicht unbegrenzt zur Verfügung – abgesehen davon, dass es auch an anderen Stellen dringend gebraucht wird – für die Instandsetzung der Infrastruktur, für den Erhalt von Schulen und für die Betreuung der Kinder, für den Ausbau der alternativen Energieversorgung, für Maßnahmen zum Klimaschutz und vieles mehr.

Und dann, seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, ist eine in ihrer Reichweite noch nicht abschätzbare Eskalation des Konfliktes im Nahen Osten hinzugekommen. Ich formuliere das ganz bewusst so, weil es dabei ja längst nicht nur um einen Konflikt zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Bevölkerung in Gaza und der Westbank geht, sondern um weit mehr. Und das für mich besonders Tragische und Perfide an der Situation ist, dass die zweifellos seit Jahrzehnten desolante Lage der Menschen in Gaza von politischen Kräften wie der Hamas, aber auch anderen nur zum Anlass genommen wird, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Die Not der Menschen wird, wie so oft, instrumentalisiert, um Macht und Einfluss auszubauen und eigenen Zwecken zu dienen.

Der Terror gegen Israel ist aufs Schärfste zu verurteilen, das grausame Niedermetzeln von Menschen macht sprach- und hilflos, auch wütend. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung ist unbestritten. Und jedem Versuch, Israel das Existenzrecht abzuspochen, wie es auf pro-palästinensischen Kundgebungen immer wieder zu beobachten ist, muss gerade in Deutschland energisch widerstanden werden. Das Ergehen der in Gaza eingesperrten und jeder Fluchtmöglichkeit beraubten Zivilbevölkerung aber macht auf andere Weise betroffen. Es scheint zurzeit keine Lösung zu geben, aber eine Ausweitung des Konfliktes auf eine größere Region ist denkbar. Hoffentlich siegt am Ende auf allen Seiten doch die Vernunft.

Der Konflikt macht, wie schon angedeutet, leider auch vor uns nicht Halt. Die düsteren Szenen, die sich in unseren Städten bei pro-palästinensischen Demonstrationen abspielen, die Gewaltbereitschaft, die sich dort zeigt, und der offene militante Antisemitismus bei vielen Demonstrierenden lässt einem das Blut in den Adern gefrieren. Menschen jüdischen Glaubens, die schon seit Jahren mit erhöhten Sicherheitsmaßnahmen zu leben gewohnt sind, bekommen jetzt Angst vor Verfolgung, ja fürchten um ihr Leben. Antisemitismus und Hasstiraden gegen Menschen jüdischen Glaubens werden schon lange nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand geäußert, sondern offen zur Schau getragen. Und dabei mischt sich ein islamistisch geprägter Antisemitismus, mit dem manche Migranten schon in ihrem Heimatland oder auch in ihren Familien aufgewachsen sind, mit dem auch hier noch vorhandenen Antisemitismus. Dieser ist meiner Ansicht nach bei einem Teil der Bevölkerung

nach 1945 nie so ganz verschwunden, aber über lange Zeit gleichsam „unter der Decke“ gehalten worden. Höchstens in Hinterzimmern und Kreisen von Verschwörungstheoretikern gab man ihn zu erkennen. Jetzt, wo sogar von einer in unseren politischen Gremien vertretenen Partei mehr oder minder verdeckt antisemitische Äußerungen gemacht werden, kommt all das ans Licht. Es gibt ja keinen Grund mehr, die eigenen rassistischen und antisemitischen Überzeugungen zu verstecken. Stattdessen werden sie – oft mit dem schrecklichen „Man wird doch wohl mal sagen dürfen“ eingeleitet - offen ausgesprochen. Das, hohe Synode, erschreckt mich zutiefst und macht mich weitgehend ratlos. Denn zu den immer unverhohleneren Äußerungen radikaler und rassistischer Meinungen kommt in manchen Kreisen eine grundsätzliche Infragestellung unseres politischen Systems, der parlamentarischen Demokratie. Ich frage mich – auch angesichts der letzten Landtagswahlergebnisse -, ob wir auch hier einen Trend zu undemokratischen und autoritären politischen Strukturen befürchten müssen. Die Wahlen im nächsten Jahr werden es zeigen. Und dann spätestens muss sich erweisen, ob die Demokratie mit einer solchen Entwicklung fertig wird, oder ob sie am Ende – auch das gab es ja schon einmal – bei Wahlen zu Mehrheiten führt, die sie letztlich verändern oder ganz abschaffen wollen.

Auf jeden Fall gilt es allen Versuchen, Terror und Gewalt zu legitimieren und Rassismus wie Antisemitismus wieder gesellschaftsfähig machen, energisch entgegenzutreten. Ich bin sehr froh darüber, dass es am Mittwoch nach dem Überfall der Hamas hier in Mülheim eine Solidaritätsbekundung mit Israel gab, zu der auch die beiden großen Kirchen eingeladen haben. Und ich danke unserem Skriba für seine Worte bei diesem Anlass.

Deutliche Worte und sie unterstützende Taten sind auch an anderen Stellen gefragt – z.B. wenn es um die Aufnahme, die Integration und den Schutz von Menschen geht, die zu uns kommen, um für eine gewisse Zeit oder auch dauerhaft hier zu bleiben. Gründe für ihren oftmals gefährlichen Weg nach Europa und hier dann nach Deutschland gibt es viel. Flucht vor Krieg, vor politischer Verfolgung, vor Unterdrückung, und natürlich auch wirtschaftliche Gründe, deren Ursachen wiederum vielfältig sind: Folgen des Klimawandels, Korruption im Heimatland, fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze, mangelnde Zukunftsperspektiven und anderes mehr. Diese Menschen stellen eine Herausforderung dar - vor allem, wenn ihre Zahl stetig wächst. Doch nicht wenige von ihnen sind auch eine Chance für ein Land, in dem seit Jahren über einen Mangel an Fachkräften geklagt wird.

Natürlich ist es ein Kraftakt, die Zuwanderung von Menschen in unser Land zu kanalisieren, zu organisieren, ihre Ansprüche zu prüfen und zwischen berechtigten und unberechtigten Ansprüchen zu unterscheiden. Diesen erforderlichen Kraftakt halten immer mehr für eine Überforderung – und rufen lautstark nach Begrenzung, nach Grenzkontrollen, nach schnellen Abschiebungen in die Herkunftsländer. Die Forderungen werden auch radikaler und verbinden sich manchmal mit fremdenfeindlichen Gedanken.

Die Kirchengemeinde Heißen hat vor kurzem Menschen ins Kirchenasyl aufgenommen – Menschen, denen auf Grund des Dublin-II-Abkommens die Abschiebung in andere europäische Länder drohte. Die Gemeinde hat Kirchenasyl gewährt, weil die Verantwortlichen davon überzeugt sind, dass den Aufgenommenen bei Abschiebung in das Land, über das sie eingereist sind, Gefahr für Leib und Leben droht – leider kann das selbst in EU-Staaten der Fall sein. Doch das Kirchenasyl für diese Menschen wird nicht überall als notwendige humanitäre Maßnahme anerkannt. Aus der Nachbarschaft werden immer öfter Kritik und Anfeindungen hörbar. An dieser Stelle, hohe Synode, sind wir alle gefragt: die Gemeinde Heißen braucht unsere Unterstützung. Und das Thema muss von kirchlicher Seite weit stärker als bisher aufgenommen und angesprochen werden. Wir müssen unsere Stimme erheben und Klartext reden; denn das Gebot der Menschlichkeit und des Schutzes von Verfolgten ist nicht verhandelbar!

In unserem Miteinander sind immer mehr Polarisierungen zu beobachten, der gesellschaftliche Zusammenhalt wird brüchiger. Die Bereitschaft, auch bei unterschiedlichen Ansichten aufeinander zu hören und zusammen zu bleiben, nimmt ab – und das ist eine verhängnisvolle Entwicklung, hohe Synode.

Die Kirche wird gebraucht – auch wenn es oft nicht so auszusehen scheint!

In der Sonntagsausgabe der WAZ gab es am 22. Oktober unter der Überschrift „Sind wir alle Weicheier?“ einen Beitrag zu der Frage, wie wir mit der nicht enden wollenden Flut von schlechten Nachrichten umgehen. Ich zitiere: „Krieg in der Ukraine und in Nahost, Kriegsgefahr in China und Taiwan, blutige Putsche in Afrika, verheerende Erdbeben in der Türkei und in Afghanistan, die aktuell wieder wachsende Bedrohung durch Terroristen in Westeuropa. Dazu auch die hierzulande immer spürbarer werdenden Auswirkungen der Klimakrise sowie der Migrationsströme Richtung Europa. All diese Ereignisse prasseln ständig auf uns ein... und wer...hätte sich noch nicht gefragt, wie wir...das alles verarbeiten und letztlich verkraften sollen.“ Dabei führen wir – das räumt auch der Verfasser des Beitrags ein - ein „vergleichsweise immer noch bequemes und behütetes Leben... Haben wir überhaupt das Recht, uns über unsere krisenbedingten, diffusen Ängste und Sorgen zu beklagen? Ist das nicht eine unangebrachte, ich-bezogene Larmoyanz?“

Vorhandene Ängste nicht zuzulassen oder zu ignorieren, denen, die sich fürchten, das Recht dazu abzuspochen, weil es ihnen im Grunde noch gut geht, verbietet sich. Denn die nicht enden wollende Kette von Krisen löst bei vielen Menschen nach Aussage des Sozialwissenschaftlers Klaus Hurrelmann, ein „Ohnmachtsgefühl“ aus. Und da es seit Ausbruch von Corona auch keine „längere Erholungspause“ gab, „leidet gleichsam die ganze Gesellschaft an einer posttraumatischen Belastungsstörung“.

Das mag manchem zu dick aufgetragen sein, doch ist es im Kern eine richtige Wahrnehmung. Man könnte es auch anders formulieren. Die Zeitung „Publik Forum“ betitelte eine ihrer letzten Ausgaben mit dem Satz „Wir brauchen Trost“. In dieses Bild passt auch die Beobachtung, dass die oft so melancholischen, fast schwermütigen Bilder eines Caspar David Friedrich zurzeit Hochkonjunktur haben.

Wenn das so ist, hohe Synode, müsste gerade jetzt die Stunde der Kirche schlagen. Denn Trost zu spenden und Mut zu machen, ist doch gleichsam unser Kerngeschäft, in der Seelsorge wie in der Verkündigung. Über Jahrhunderte hinweg und in Zeiten, die weitaus schwerer waren als die unseren, haben Menschen im Glauben Trost gefunden. Und auch heute wird zumindest bei großen Katastrophen, schweren Unfällen und sonstigen Notlagen nach der Kirche gerufen.

Auch wenn es um Orientierung geht, haben wir etwas zu sagen. Gottes Wort ist eine Art Wegweiser zu einem guten Leben. Doch scheint die Nachfrage nach dem, was die Kirchen aus dem Evangelium heraus zu sagen haben, nicht zu wachsen. Die Zahl derer, die der Kirche den Rücken kehren, ist nach der Corona-Krise und den ans Licht kommenden Missbrauchsfällen gestiegen und hat sich bei zwei und mehr Prozent eingependelt. Und die hohe Inflation legt vielen die Kirchensteuer als willkommene Einsparmöglichkeit nahe.

Doch noch immer sind die Kirchen, unsere eigene wie die katholische, gesellschaftliche Größen! Warum werden wir nicht stärker wahrgenommen? Sind wir nicht präsent und laut genug? Sind wir zu altmodisch und uninteressant? Sind wir in einer sich immer schneller säkularisierenden Welt schon so sehr aus dem Bewusstsein der Menschen verschwunden? Trauen die Menschen uns nicht mehr?

In der Tat ist der Vertrauensverlust den Kirchen und ihrem Personal gegenüber deutlich. Pfarrern und Pfarrerinnen stehen längst nicht auf den oberen Plätzen beim Vertrauensranking. Dass es so ist, haben wir uns sicher zum Teil auch selbst zuzuschreiben. Doch sollte das nicht zu Resignation, sondern eher zu neuen Aufbrüchen führen!

Einige neue Ideen sind ja während der Corona-Zeit in den Gemeinden schon entwickelt worden und haben sich teilweise etabliert. Ein Highlight, das an dieser Stelle unbedingt erwähnt werden muss – ausdrücklich auch mit einem Dank an alle, die sich in der Planung und Durchführung engagiert haben -, ist das große gemeinsame Tauffest am Pfingstmontag im Raffelbergpark. Da war Kirche präsent und wurde von vielen Menschen wahrgenommen.

Zum vielzitierten gesellschaftlichen Wandel gehört auch, dass einer Kirche anzugehören, für immer weniger Menschen selbstverständlich ist – zumal es für religiös Interessierte ja jede Menge Alternativen gibt. Und so müssen wir – wie in den Anfängen des Christentums - den Menschen zeigen, was wir ihnen zu geben haben. Dabei steht die Botschaft, die wir

vertreten, nicht in Frage. Die ist, um es ein bisschen pathetisch zu sagen, „zeitlos gut“. Doch die Methoden, mit denen wir diese gute Botschaft unter die Leute bringen, bedürfen einer gründlichen Erneuerung. Dabei sollten wir Mut zeigen und vielleicht auch Hand anlegen an Dinge, die uns bislang heilig waren und als unveränderbar galten. Es gibt da, wie gesagt, schon erste Aufbrüche und verheißungsvolle Ansätze, auch in unserem Kirchenkreis. Ich möchte hier gern Mut zu Mehr machen. Auch dazu, vermeintlich Unaufgebbares zu hinterfragen und gegebenenfalls abzuschaffen.

Wir haben als Kirche nach wie vor ein großes Potenzial. Wir können Orte der Begegnung anbieten, Gemeinschaft möglich machen, zum offenen Diskurs beitragen und für gegenseitiges Verständnis werben. So können wir vieles tun, um nicht in Pessimismus zu versinken und den Anspruch an uns selbst aufrecht zu erhalten.

Die Landeskirche hat eine Stelle für Kirchenentwicklung eingerichtet. Die engagierten Theologinnen, die dort tätig sind, besuchen derzeit alle Kirchenkreise, um zu erfahren, was es in den Weiten der rheinischen Kirche schon an Neuansätzen und Visionen gibt. Und sie wollen dabei beraten, unterstützen und fördern. Auch an der Ruhr sind sie schon gewesen und haben sich mit der Assessorin und dem Skriba dazu ausgetauscht.

Einen intensiveren Austausch sollten wir auch innerhalb des Kirchenkreises pflegen; denn es gibt in den Gemeinden wie den kreiskirchlichen Einrichtungen engagierte Leute, gute Ideen und verheißungsvolle Ansätze. Das sollten wir noch mehr als bisher miteinander teilen, so voneinander profitieren und gemeinsam Neues wagen.

Strukturen verändern

Es ist nicht nur die sinkende Zahl der Kirchenmitglieder und die damit enger werdenden finanziellen Spielräume, es ist nicht nur die geringer werdende Zahl von Pfarrpersonen und anderen Mitarbeitenden, die eine Veränderung unserer Strukturen erforderlich machen. Wir haben zu viele Vorschriften, zu viel Bürokratie, und wir vertun viel Zeit in oft endlosen Sitzungen, die uns an anderen Stellen fehlt. Wie oft höre ich bei Zusammenkünften von Pfarrer*innen, aber auch in Gesprächen mit Mitarbeitenden, dass sie gern „mal einfach in Ruhe ihre Arbeit tun möchten“, statt sich ständig mit der Umsetzung neuer Vorgaben und Regeln zu beschäftigen. Und dass sie sich viel mehr Zeit wünschen, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen und zu erfahren, was diese suchen und sich von ihrer Kirche wünschen. Wenn wir Menschen gewinnen, zumindest aber sie in unserer Kirche halten möchten, dann brauchen wir Zeit, um für diese Menschen da zu sein. Und das geht nur, wenn das bürokratische Gepäck, das wir in unserer langen Geschichte gesammelt haben und nun mit uns herumtragen, wirklich umfassend erleichtert wird.

Auch wenn es erste Ansätze gibt, um diesen Zustand zu verändern – dazu gehört auch die Neufassung der Kirchenordnung, des Kirchenstrukturgesetzes und der Lebensordnung – reicht das noch lange nicht. Denn es ist noch keine wirkliche Erleichterung, wenn ich Regeln, die bislang in einem alten Gesetzeswerk gestanden haben, auf drei neue verteile. Ich schaffe nur dann Erleichterung, wenn ich den nicht mehr nötigen Teil der Regeln abschaffe! Hier, hohe Synode, ist in meinen Augen noch sehr viel Luft nach oben und weiterer Änderungsbedarf!

Strukturelle Veränderungen im Kirchenkreis

Im zurückliegenden Jahr haben wir, angestoßen durch die Arbeit der von der Synode eingesetzten Arbeitsgruppen, einige grundlegende Veränderungen auf den Weg gebracht, die hoffentlich die Arbeit verbessern und einen Beitrag zur notwendigen Konsolidierung leisten. Dazu gehört die Gründung eines gemeinsamen Verwaltungsverbandes mit dem Kirchenkreis Oberhausen und eines gemeinsamen Trägerverbandes für die sich noch in gemeindlicher Trägerschaft befindenden Kindertageseinrichtungen in den beiden Kirchenkreisen. Dazu gehört die Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft durch die sechs Gemeinden im Kirchenkreis, unter deren Dach künftig das Diakonische Werk seine Arbeit tun soll. Dazu gehört eine regionale Neuaufstellung der Notfallseelsorge zusammen mit Essen und Oberhausen und das schon regional arbeitende Schulreferat. Ich will das alles nicht noch einmal in epischer Breite darstellen – zumal viele dieser Prozesse auf mehreren Sondersynoden und in Kirchenkreiskonferenzen behandelt wurden. Deshalb hier nur das Wichtigste:

Verwaltungsverband an Emscher und Ruhr

Es war ein langer Weg dorthin, auf dem viele Überlegungen angestellt, Gespräche geführt und Berechnungen vorgenommen wurden. Schließlich hat er zum Ziel geführt. Am 11. August dieses Jahres haben die Synoden der Kirchenkreise Oberhausen und An der Ruhr auf einer gemeinsamen Tagung beraten und anschließend in getrennten Versammlungen mit großer Mehrheit bzw. einstimmig die Gründung eines gemeinsamen Verwaltungsverbandes beschlossen. Der Verband wird am 1. Januar 2024 an den Start gehen, der Betriebsübergang der bisherigen Verwaltungsämter in den Verband ist zum 1. Juli 2024 geplant. Bis dahin ist noch einiges zu tun, damit es auch klappt. Ich danke ganz herzlich allen, die in der AG Verwaltung mitgedacht haben bzw. jetzt noch mitmachen, den Geschäftsführern und Mitarbeitenden der beiden „alten“ Verwaltungsämter, den Mitarbeitenden-Vertretungen der Kirchenkreise, dem Ehepaar Sundmacher von Sustain Consult und allen anderen, die uns dabei unterstützt haben. Ausdrücklich schließe ich in

diesen Dank auch die langjährige Geschäftsführerin unseres Kirchenkreises, Manuela Rogosch, ein, die sich bis zu ihrem Ausscheiden intensiv in den Prozess eingebracht hat. Hoffen wir, dass wir den ambitionierten Plan umsetzen und ab Juli 2024 im neuen Verband arbeiten können. Ich bin sicher, er wird uns helfen, die Verwaltung effizient und zukunftssicher gestalten zu können.

Kindertagesstättenverband an Emscher und Ruhr

In Mülheim sind inzwischen nur noch neun Kindertageseinrichtungen (mit insgesamt 20 Gruppen) in gemeindlicher Trägerschaft. Das sind zu wenige, um Verwaltung und vor allem Fachberatung dauerhaft sichern zu können. In Oberhausen ist die Situation ähnlich, so dass einige Gemeinden sich zur Gründung eines Trägerverbandes entschlossen haben. Eine Öffnung dieses Verbandes auch für Mülheimer Gemeinden wurde uns signalisiert. Nach ausführlichen Beratungen haben sich bisher drei Gemeinden (mit 8 Einrichtungen und 16 Gruppen) entschlossen, ihre Einrichtungen an den Verband zu übertragen. Das soll zum 1. Augst 2024 erfolgen. Wir erhoffen uns von der Arbeit im Verband Entlastung der Presbyterien und der Gemeindesachbearbeitung, Synergien beim Personal, die Chance einer eigenen Personalentwicklung, die Sicherung der Qualität bei Bildung und Betreuung und die Bindung von Fachkräften. Die Kirchengemeinden können durch entsprechende Vereinbarungen mit dem Verband ihre Arbeit in den Einrichtungen – insbesondere bei Religionspädagogik und Elternarbeit sowie der Einbindung in das gemeindliche Leben - sicherstellen. Auch im Verband bleiben die Einrichtungen Teil unserer Kirche.

Diakonisches Werk Mülheim an der Ruhr gGmbH

Die von der Synode eingesetzte AG Diakonie und Bildung hat sich intensiv mit der künftigen Gestalt kreiskirchlicher Einrichtungen auseinandergesetzt und ist dabei zu der Überzeugung gelangt, dass die Verselbständigung zunächst des Diakonischen Werkes eine im Blick auf die Zukunft zielführende Maßnahme sein könnte. Die zu gründende Gesellschaft kann bei Bedarf auch weitere kreiskirchliche Einrichtungen (wie z.B. die Ev. Beratungsstelle) unter ihrem Dach aufnehmen. Der Anfang soll jedoch mit dem Diakonischen Werk und seinen Arbeitsbereichen gemacht werden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass unser Kirchenkreis wegen seiner rückläufigen Größe in nicht allzu ferner Zukunft zu einem Zusammengehen mit einem oder mehreren anderen Kirchenkreisen genötigt sein könnte, die Diakonie aber möglichst „ortsgebunden“ – auch als Vertragspartner der Kommune - bleiben sollte, entstand die Idee, dass die sechs Gemeinden im Kirchenkreis zusammen die neue gGmbH gründen sollten. Die Gemeinden haben dem nach einem ausführlichen synodalen und presbyterialen Beratungsprozess zugestimmt und übereinstimmend die Gründung der neuen Gesellschaft beschlossen. Am

6. Dezember soll der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet werden und die Gesellschaft an den Start gehen. Der Betriebsübergang des jetzigen Diakonischen Werkes in die neue Gesellschaft wird wohl frühestens am 1. Januar 2025 erfolgen, weil zuvor noch viel Arbeit zu tun ist. Dazu gehört u.a. die Erstellung aller noch ausstehenden Jahresabschlüsse, was bis längstens Mitte 2024 erledigt sein soll. Außerdem muss die Kreissynode noch über die Eigentumsverhältnisse der vom Diakonischen Werk genutzten Gebäude und die finanzielle „Erstausrüstung“ der neuen Gesellschaft befinden. Denn das ist erforderlich, um die Arbeit des Werkes auch künftig zu sichern.

Wie sehr, zeigt sich gerade bei dem Arbeitsbereich des „Offenen Ganztags“ (OGS). Das Diakonische Werk ist größter OGS-Träger in Mülheim und leistet diese Arbeit seit nahezu 20 Jahren, in denen immer mehr Schulen dazu gekommen sind. In dieser Zeit wurden die Rahmenbedingungen für die OGS schon mehrfach angepasst (mehr Gruppen bei gleichbleibender Bezuschussung und sich daraus ergebender Absenkung des Personalschlüssels). Trotz dieser Veränderungen wurde die Arbeit gern weitergeführt und erfreut sich hoher Akzeptanz bei Kindern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen. Basis der Arbeit ist eine Vereinbarung zwischen dem Diakonischen Werk und der Stadt Mülheim. Diese Vereinbarung enthält auch eine – zeitliche versetzte – Dynamisierung des Zuschusses in Höhe der normalen tariflichen Entgeltsteigerungen.

Nun hat es zwischenzeitlich außerordentliche Entgeltsteigerungen bzw. Zulagen für die Mitarbeitenden im Sozial- und Erziehungswesen gegeben: Coronasonderzahlungen, Energiepauschale, Zuschläge im Bereich Soziales und Erziehung, Inflationsausgleich. Diese unerwarteten Zulagen sind den Mitarbeitenden natürlich von Herzen gegönnt. Sie bringen jedoch den Haushalt des Diakonischen Werkes in eine Schieflage, weil sie nicht in die vertraglich gesicherte Refinanzierung einfließen. Das Diakonische Werk müsste diese Mehrkosten allein tragen. Die dadurch entstehende finanzielle Schieflage ist erheblich und würde sich auch auf die Folgejahre erstrecken.

Nun ist unser Diakonisches Werk nicht allein von dieser Problematik betroffen, sondern viele Träger sozialer Arbeit – vor allem solche mit einem für die Arbeitnehmer*innen fairen Tarifvertrag. Soziale Arbeit in unserem Land ist damit nicht nur, was den Bereich Erziehung und Bildung betrifft, in großem Stil gefährdet. Nicht ohne Grund haben kürzlich erst über 20.000 Arbeitnehmer*innen und Vertreter*innen der Wohlfahrtsverbände in einer Großdemo vor dem Landtag in Düsseldorf auf dieses gravierende Problem aufmerksam gemacht. Auch wenn die Kosten für die soziale Arbeit ständig steigen und gebremst werden müssen, darf eine solche „Sozialbremse“ nicht dazu führen, dass es irgendwann zu einem „Kahlschlag“ kommt. Es sollte immer berücksichtigt werden, dass ein gut funktionierendes Sozialsystem auch so etwas wie „Kitt“ ist, der unsere Gesellschaft vor dem Auseinanderbrechen bewahrt.

Zurück zum Diakonischen Werk! Die verantwortlichen Gremien – das Kuratorium des Diakonischen Werkes, der Fachausschuss Finanzen und Verwaltung sowie der Kreissynodalvorstand – sehen die Entwicklung mit großer Sorge. Eine Fortsetzung der langjährig bewährten Arbeit ist nach ihrer Einschätzung nur dann zu verantworten, wenn es zu einer signifikanten Verbesserung der Refinanzierung kommt. Gern möchten wir weiter in diesem Bereich tätig bleiben – und auch die Qualität der Arbeit für die Zukunft sicherstellen. Deshalb geben wir die Hoffnung auf eine Lösung hinsichtlich der Finanzierung nicht auf und bleiben im Gespräch mit unseren Partnern.

Notfallseelsorge in der MEO-Region

Die Kirchenkreise An der Ruhr, Essen und – seit einiger Zeit – auch Oberhausen arbeiten in der Notfallseelsorge eng zusammen. Das gilt für die Gewinnung und Ausbildung von ehrenamtlichen Notfallseelsorger*innen, die zum Erhalt der Rufbereitschaft längst unverzichtbar geworden sind, wie für die gegenseitige Unterstützung und Vertretung. Nun soll die Zusammenarbeit ab dem nächsten Jahr auf dem Wege einer Vereinbarung zwischen den drei Kirchenkreisen „institutionalisiert“ werden. Vorgesehen ist darin neben der gemeinsamen Gewinnung und Schulung von Ehrenamtlichen auch eine Zusammenführung der Einsatzpläne. Geleitet wird die Notfallseelsorge in der Region von einem Theologen/einer Theologin mit einer halben Pfarrstelle, deren Kosten die Kirchenkreise anteilig (nach Größe) übernehmen. Daneben gibt es in jedem Kirchenkreis/jeder Stadt noch einen Koordinator/eine Koordinatorin (mit je halber Stelle) für die Dienstplanung und Begleitung der Teams vor Ort. Näheres dazu gibt es im Verlauf dieser Tagung. Die Kosten für die Notfallseelsorge hier in Mülheim lassen sich durch das neue Regionalsystem verringern, was zumindest ein kleiner Beitrag zur Konsolidierung ist.

Die Unterstützung der Krankenhausseelsorge durch die Notfallseelsorge, wie sie bisher bei uns praktiziert wurde, kann in dem neuen System – wie schon auf der Frühjahrssynode angesprochen – nicht weitergeführt werden. Dafür gibt es aber inzwischen – zumindest für zunächst ein Jahr - eine andere Lösung, die auf dieser Synode vorgestellt wird.

In diesem Zusammenhang sei noch kurz darauf hingewiesen, dass der erste Kurs zur Ausbildung von Ehrenamtlichen in der Seelsorge – so wie auf der Frühjahrssynode 2022 beschlossen – inzwischen stattgefunden hat und beinahe abgeschlossen ist. Ein wirklich gutes Projekt! Davon profitieren wird sicherlich die Seelsorge in allen Arbeitsfeldern; denn ohne die tatkräftige Unterstützung durch Ehrenamtliche wird es bei immer weniger Hauptamtlichkeit künftig kaum gehen. Aber auch die Menschen, die eine solche Ausbildung durchlaufen, profitieren auch selbst davon. An dieser Stelle herzlichen Dank allen, die sich in der Planung und Durchführung dieser Seelsorgeausbildung so großartig engagiert haben!

Schulungen zur Prävention vor (sexueller) Gewalt

Bei der Erstellung und Umsetzung der entsprechenden Schutzkonzepte sind wir im Kirchenkreis auf einem guten Weg. Inzwischen liegen alle Schutzkonzepte vor und es hat schon eine Reihe von Schulungen gegeben. Die meisten Leitungsorgane sind geschult, auch eine Reihe von Intensivschulungen haben schon stattgefunden. Allmählich kommt auch der größte Block – die Basisschulungen – in Bewegung. Ein herzlicher Dank an alle, die Schulungen durchführen, an die Familienbildungsstätte, die sich für die Organisation und Koordination der Schulungen stark macht und an all diejenigen, die sich schulen lassen. An dieser Stelle wachsam zu sein und vorbeugend zu handeln, ist sehr wichtig.

AG Treibhausgasneutralität

Ich bin sehr froh, dass wir uns im Kirchenkreis gemeinsam diesem herausfordernden Thema und damit der Umsetzung des landessynodalen Beschlusses widmen. Es ist ein wahrhaft „dickes Brett“, das es da zu bohren gilt – und das macht man am besten mit gemeinsamen Kräften. Erste Treffen der AG haben stattgefunden, das weitere Vorgehen ist geplant, Expertise des kommunalen wie des landeskirchlichen Energiemanagements wird eingebunden. Und es herrscht unter den Beteiligten große Offenheit. Vielen Dank und weiter so!

Hohe Synode, wir haben im zurückliegenden Jahr sehr viel auf den Weg gebracht und manche Veränderungen in Angriff genommen. Viele Prozesse sind noch nicht zu Ende gebracht, es liegt noch viel Arbeit vor allen Beteiligten. Und es wird künftig sicher noch mehr Veränderungsbedarf geben. Wir müssen innerhalb unseres Kirchenkreises noch weiter zusammenrücken und gemeinsam dafür sorgen, dass „Evangelisch An der Ruhr“ ein Markenzeichen bleibt und in unserer Stadt gut zu erkennen ist. Wir müssen unsere Kräfte in Haupt- und Ehrenamt bündeln, damit wir die Menschen erreichen. Wir müssen Kooperationen mit anderen Partnern eingehen: mit unseren Nachbarkirchenkreisen, mit der katholischen Kirche, mit den ACK-Kirchen sowie mit nicht-kirchlichen Organisationen dort, wo es sinnvoll und nötig erscheint – z.B. beim Einsatz für ein Zusammenleben in Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und in demokratischen Strukturen. Es geht um die Botschaft, die uns anvertraut ist, und die die Welt braucht und hören soll. Und um die Sorge für die Menschen in unserer Stadt – für Leib und Seele.

Personalia

Einige Jahre hat Pfarrer **Dr. Görg Hasselhoff** an verschiedenen Stellen in unserem Kirchenkreis mitgearbeitet: in der Ladenkirche, im Schuldienst, in einigen Gemeinden, in

kreiskirchlichen Funktionen und sehr oft im Vertretungsdienst als „Feuerwehr“, wenn es irgendwo „brannte“. Seit dem vergangenen Jahr ist er auch in unserem Nachbarkirchenkreis Niederberg mit halber Stelle. Dorthin wird er zu Beginn des neuen Jahres ganz wechseln, wird allerdings mit seiner Familie hier in Mülheim wohnen bleiben. Für seinen Einsatz hier an der Ruhr danke ich ihm ganz herzlich – besonders dafür, dass er immer bereit war einzuspringen, wo es nötig war!

Seit April dieses Jahres ist Pfarrerin **Lisa Schönrock** im Rahmen ihres Probendienstes in unserem Kirchenkreis tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Gemeinde Broich-Saarn und im evangelischen Krankenhaus. Ihr Probendienst geht noch bis Ende März 2024.

Pfarrerin **Sarah-Marie Reschke** ist nach ihrem Vikariat weiterhin als Pfarrerin im Probendienst bei uns tätig. Mit einer halben Stelle entlastet sie die Assessorin und ist auch bei kreiskirchlichen Projekten engagiert – wie z.B. beim Tauffest zu Pfingsten. Ihr Probendienst geht noch bis Oktober 2024, sie bleibt dem Kirchenkreis also vorerst erhalten.

Seit Oktober 2023 ist Pfarrerin **Inga Bödeker** mit einer halben Stelle bei uns tätig – zunächst einmal mit einem sogenannten nicht stellungsbundenen Auftrag. Leider konnte sie ihren Dienst wegen eines Unfalls nicht sofort aufnehmen, doch in diesem Monat geht es los. Ihr Arbeitsschwerpunkt wird in der Lukaskirchengemeinde sein, wo sie zur Entlastung der Assessorin und des Skriba mitarbeitet.

Sehr froh sind wir, dass wir mit **Sabine Dams** als Nachfolgerin von Regine Stoltze eine neue, kompetente Leiterin der Ladenkirche gefunden haben. Trotz des geringen Stellenumfangs hat Frau Dams mit ihrem Einsatz und ihrer guten Vernetzung in der Stadt in der Ladenkirche schon einige neue Projekte auf den Weg gebracht. Ihr und dem sehr engagierten Team von Ehrenamtlichen, das sie dabei unterstützt, an dieser Stelle ein herzlicher Dank dafür, dass sie gemeinsam „den Laden so gut am Laufen halten“.

Allen, die in unserem Kirchenkreis, seinen sechs Gemeinden und seinen Werken und Einrichtungen Tag für Tag unter nicht immer einfachen Umständen ihre Arbeit tun, so die Kirche lebendig erhalten und oft damit bewirken, dass Menschen sich neu oder erneut der Kirche zuwenden, möchte ich hier ganz ausdrücklich danken. Und dieser Dank schließt auch die vielen Ehrenamtlichen ein, ohne die kirchliches Leben und viele Arbeiten gar nicht möglich wären! Sie alle sind unsere evangelische Kirche hier in Mülheim und ihre Aushängeschilder. Und die Werbung, die sie für ihre, für unsere Kirche und für die Sache, die sie vertritt, machen, ist nicht hoch genug zu schätzen.

Ich habe in den vergangenen drei Jahrzehnten immer gern in dieser Kirche und für diese Kirche gearbeitet – in meiner Gemeinde, in unserer Diakonie und zuletzt auch in unserem Kirchenkreis. Ich hoffe, dass ich mit meiner Arbeit ein wenig dazu beitragen konnte, dass

unsere Kirche auf einem guten Weg in die Zukunft ist. Für diesen Weg, der weitergehen wird, wünsche ich dem Kirchenkreis gute Ideen, Geistesgegenwart und Gottes Segen!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit!